FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Scharndorf

Ausgabe · August/September 2026 | 561532/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Mehr Mitsprache:

Bürger sollen bei wichtigen Gemeindeprojekten mitreden können



Liebe Gemeindebürger!

Seit dem letzten Gemeindekurier ist einiges geschehen. Ich informiere Sie diesmal über die Gemeinderatssitzungen im Juni und Juli 2026 – über Entscheidungen, offene Fragen und Vorgänge, die aus meiner Sicht kritisch hinterfragt werden müssen.

In dieser Ausgabe stehen die politischen Geschehnisse, aber auch die Nicht-Geschehnisse im Vordergrund. Dazu zählen die Bürgermeisterwahl, die Behandlung zweier Dringlichkeitsanträge, die Entscheidung über den Winterdienst und unser Einsatz für mehr Bürgerbeteiligung.

Dabei geht es mir nicht darum, die Gemeindefraktion der FPÖ als Opfer darzustellen. Wir verstehen unsere Aufgabe als Kontrolle: Mehrheitsentscheidungen kritisch prüfen, Transparenz einfordern und die Bevölkerung informieren. Eine starke Opposition ist kein Störfaktor, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.

Seit mittlerweile 26 Jahren lebe ich in unserer Gemeinde Scharndorf. Sie ist zu meiner Heimat geworden. Deshalb möchte ich nicht alles verändern, sondern Bestehendes gemeinsam verbessern.

Warum erfahren Bürger bei wichtigen Entscheidungen häufig erst danach, was bereits beschlossen wurde? Warum werden sie nicht früher eingebunden? Diese Fragen begleiten meine Arbeit im Gemeinderat.

Bürgerbeteiligung bei wichtigen Projekten

Gerade bei großen und bedeutenden Gemeindeprojekten, die unsere Gemeinde über viele Jahre prägen und erhebliche finanzielle Mittel erfordern, sollte es selbstverständlich sein, die Bevölkerung frühzeitig zu informieren und miteinzubeziehen.

Deshalb wurde in der Gemeinderatssitzung beantragt, verbindliche Richtlinien für Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Sie sollen insbesondere frühzeitige Information, Bürgerveranstaltungen, transparente Entscheidungsgrundlagen und eine aktive Einbindung der Bevölkerung vor wichtigen Entscheidungen vorsehen.

Wenn der Gemeinderat diesen Weg nicht unterstützt, werden wir einen Initiativantrag starten und die Bürger direkt einbeziehen. Bürgerbeteiligung darf nicht nur ein Wahlversprechen sein – sie muss gelebt werden.

Bürgermeisterwahl und offene Fragen

Nach dem Rücktritt von Bürgermeister Leopold Zwickelstorfer stand die Wahl eines neuen Bürgermeisters auf der Tagesordnung.

Vor der Stimmabgabe wollte ich dem Kandidaten Thomas Schäffer sechs Fragen zur künftigen Zusammenarbeit stellen.

Ich wollte wissen, wie er mit Oppositionsfraktionen zusammenarbeiten, Transparenz stärken und Gemeinderäte außerhalb seiner Fraktion informieren und einbinden möchte.

Herr Schäffer lehnte die Beantwortung zunächst mit dem Hinweis ab, dies sei nicht Thema der Sitzung. Für mich war die Bürgermeisterwahl jedoch gerade das zentrale Thema.

Schließlich durfte ich die Fragen vorlesen. Die Antwort lautete sinngemäß: „Wir haben das bisher immer so gemacht und werden das auch in Zukunft so weitermachen." Aus meiner Sicht war das keine konkrete Antwort auf die einzelnen Fragen.

Wer für das höchste Amt der Gemeinde kandidiert, sollte offen darlegen, wie Zusammenarbeit, Kontrolle und gegenseitiger Respekt künftig gestaltet werden.
Zusätzlich antwortete Herr Schäffer auf meine Frage, ob gegen den zurückgetretenen Bürgermeister Leopold Zwickelstorfer ein oder mehrere Verfahren laufen, mit „Ja".

Meine sechs Fragen

- Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit den Oppositionsfraktionen konkret vor?
- Werden wichtige Projekte künftig frühzeitig und vollständig kommuniziert?
- Wie erhalten alle Gemeinderäte jene Informationen, die sie für Kontrolle und Mitwirkung benötigen?
- Werden Anträge der Opposition unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit sachlich geprüft?
- Welche Maßnahmen stärken Transparenz und einen respektvollen Umgang im Gemeinderat?
- Sind regelmäßige fraktionsübergreifende Gespräche vorgesehen, um Konflikte frühzeitig zu vermeiden?

Das Auftreten des Kandidaten ließ bei mir Zweifel aufkommen, ob eine transparente und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen gewährleistet sein wird. Aus diesem Grund konnte ich Herrn Thomas Schäffer bei der Bürgermeisterwahl nicht meine Stimme geben.

„Was dem Schwarm nicht nützt, nützt auch der einzelnen Biene nicht." – Marcus Aurelius

Denn Scharndorf gehört nicht dem Bürgermeister, nicht einer Partei und auch nicht einer einzelnen Fraktion. Scharndorf gehört uns allen. Mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung und mehr Bürgerbeteiligung sind daher keine Frage der Parteifarbe, sondern eine gemeinsame Verantwortung.

Eure Gemeinderätin
Nicoleta Schatzer



Dringlichkeitsanträge: Ein ungewöhnlicher Ablauf

Die FPÖ-Fraktion brachte zwei Dringlichkeitsanträge ein: Eine Resolution **„Regional statt Global – Bedrohung durch Mercosur und Ukraine-Importe“** und die **Prüfung der Sanierungsfähigkeit des ehemaligen Gasthauses** mit Kegelbahn und die Entwicklung eines Nutzungskonzeptes als Gemeindegasthaus und Begegnungszentrum.

Besonders kritisch sehe ich nicht nur die Ablehnung, sondern die Art der Behandlung: Ich durfte die Anträge nicht verlesen. Auch der Bürgermeister gab deren Inhalt den anwesenden Gemeinderäten nicht bekannt. Stattdessen verließ er gemeinsam mit dem Schriftführer – einem Gemeindeangestellten – und einem weiteren Gemeinderat den Sitzungssaal, um sich zu beraten.

Nach etwa fünf Minuten kehrten sie zurück. Nach dem im Sitzungsprotokoll dokumentierten Ablauf fand keine Abstimmung des Gemeinderates über die Zuerkennung der Dringlichkeit statt. Der Mercosur-Antrag wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, er passe nicht zum Thema der Sitzung und beim Gasthaus wurde eine fehlende finanzielle Deckung angeführt. Wie soll der Gemeinderat über die Dringlichkeit entscheiden, wenn der Inhalt nicht bekannt gegeben und nicht abgestimmt wird?

Aufsichtsbeschwerde eingebracht

Wegen dieses Vorganges hat die FPÖ-Fraktion eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht. Nach unserer Rechtsauffassung sieht § 46 Abs. 3 NÖ Gemeindeordnung 1973 vor, dass ausschließlich der Gemeinderat über die Aufnahme eines nicht auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungsgegenstandes entscheidet.

Die Beschwerde hält fest, dass der Bürgermeister nach unserer Auffassung nicht befugt war, die Anträge eigenständig zurückzuweisen oder die Entscheidung des Gemeinderates durch eine Vorprüfung zu ersetzen. Dadurch seien zugleich die Mitwirkungsrechte der antragstellenden Gemeinderäte berührt worden. Nun soll die zuständige Aufsichtsbehörde prüfen, ob das Verfahren den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen hat.

Mir geht es nicht darum, dass jeder Antrag angenommen werden muss. In einer Demokratie dürfen Anträge selbstverständlich abgelehnt werden – aber die vorgesehenen demokratischen und gesetzlichen Abläufe müssen eingehalten werden.

Transparenz heißt: Fakten offenlegen

Bis zur Beurteilung durch die Aufsichtsbehörde lege ich Ihnen den dokumentierten Ablauf und unsere Rechtsauffassung offen dar. Bitte machen Sie sich selbst ein Bild.

Demokratie funktioniert nur, wenn Entscheidungen nachvollziehbar sind und alle gewählten Mandatare ihre Rechte ausüben können.

Zu den Anträgen weiter auf Seite 4 und 5.



Zu unserem Antrag: **Regional statt global**



Was das Mercosur-Abkommen für Landwirtschaft, Umwelt und Lebensmittel bedeuten kann

Das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten in Südamerika wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Interessen, sondern auch um Lebensmittelsicherheit, die Zukunft der heimischen Landwirtschaft, Umwelt und Menschenrechte.

Faire Bedingungen für unsere Bauern

Unsere Bauern produzieren unter europäischen Vorschriften und hohen Standards. Gleichzeitig soll der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay erleichtert werden. Ist dieser Wettbewerb fair? Warum sollen Lebensmittel über Tausende Kilometer transportiert werden, wenn sie regional in hoher Qualität erzeugt werden können?

Was kommt auf unsere Teller?

Die intensive Nutzung von Pestiziden in Teilen Südamerikas wird wegen möglicher Folgen für Menschen, Böden und Wasser kritisiert. Für uns gilt: Was in Europa nicht zugelassen ist, darf nicht durch die Hintertür wieder auf unseren Tellern landen. Deshalb fordern wir strenge Lebensmittelkontrollen und konsequente Untersuchungen auf Pestizidrückstände.

Umwelt und Menschenrechte

Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht über dem Schutz von Menschen, Natur und Umwelt stehen. Abholzung, Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen und Konflikte um Landrechte müssen in der Gesamtbewertung berücksichtigt werden. Ebenso stellt sich die Frage, warum zusätzlich Rindfleisch aus Südamerika eingeführt werden soll, wenn hochwertige Produkte von heimischen Bauern verfügbar sind.

Regional einkaufen

Wer regional einkauft, kann besser nachvollziehen, woher Lebensmittel kommen und unter welchen Bedingungen sie produziert wurden. Kurze Wege, kontrollierbare Standards und Wertschöpfung in der Region stärken unsere Versorgung und unsere bäuerlichen Familienbetriebe.

Handel ja, aber nicht um jeden Preis

Schützen wir unsere Bauern. Schützen wir unsere Lebensmittel. Schützen wir unsere Umwelt.

Die Resolution sollte diese Bedenken sichtbar machen und sich für faire, nachvollziehbare Regeln einsetzen. Unabhängig von der politischen Bewertung verdient das Thema eine offene Diskussion – auch auf Gemeindeebene, weil Landwirtschaft, Versorgungssicherheit und regionale Wertschöpfung uns unmittelbar betreffen.

Zu unserem Antrag:

Ehemaliges Gasthaus mit Kegelbahn

Eine Chance für ein Gemeindegasthaus und Begegnungszentrum

Die Gemeinde Scharndorf hat das ehemalige Gasthaus mit Kegelbahn von Herrn Illenschitz erworben. Das Gebäude ist renovierungsbedürftig. Bevor über Abriss, Nutzung oder weitere Investitionen entschieden wird, sollte der bauliche Zustand fachlich beurteilt und die Sanierungsfähigkeit samt möglicher Kosten eingeschätzt werden.

Das Objekt könnte wieder zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt werden. Gerade weil immer mehr Gasthäuser schließen, fehlt vielen Menschen ein Ort für Begegnung und persönlichen Austausch.

Ein modernes Gemeindegasthaus könnte von der Gemeinde betrieben oder an einen geeigneten Pächter vergeben werden.

Mögliche Nutzungen:

- Pensionistentreffen und Vereinstreffpunkt
- Kegelbahn, Kegelturniere und Kartenabende
- Kinderveranstaltungen, Schachturniere und Weihnachtsbäckerei
- Familienfeiern, Hochzeiten und Geburtstage
- kleinere gesellschaftliche Veranstaltungen und Gemeindeveranstaltungen

Vorbild Zagersdorf im Burgenland

Zagersdorf zeigt, dass eine solche Idee keine Utopie sein muss. Dort wurde nach mehreren Jahren ohne Gasthaus unter Einbindung der Bevölkerung ein neues Gemeindewirtshaus geschaffen. Nach fachlicher Prüfung wurde der Altbestand abgetragen und ein Neubau errichtet; 2025 erfolgte die Eröffnung mit Pächtern.

Warum sollte Scharndorf nicht ebenfalls zuerst fachlich prüfen, ob das vorhandene Gebäude saniert und zu einem Treffpunkt für Jung und Alt entwickelt werden kann? Ein gemeindeeigenes Gebäude sollte nicht ungenutzt bleiben oder abgerissen werden, bevor sein Potenzial nachvollziehbar untersucht wurde. Wir werden den Antrag in der nächsten Gemeinderatssitzung erneut ordnungsgemäß einbringen. Sollte er wieder keine Mehrheit finden, werde ich mich dafür einsetzen, die Bürger direkt einzubeziehen und eine Volksbefragung anzustreben.

Ein Gasthaus für die Gemeinde – ein Treffpunkt für uns alle.



Winterdienst:

Salz statt Kies – wirklich die beste Lösung?



In der Gemeinderatssitzung vom 14. Juli 2026 wurde beschlossen, künftig nicht mehr wie bisher mit Kies, sondern mit Salz zu streuen. Für mich wirft diese Entscheidung wichtige Fragen auf.

Haustiere: Streusalz kann an Hundepfoten zu Reizungen führen und beim Ablecken aufgenommen werden.

Umwelt: Mit dem Schmelzwasser gelangt Salz in Böden und kann Pflanzen sowie die unmittelbare Umgebung belasten.

Fahrzeuge: Salzhaltiges Spritzwasser kann parkende Fahrzeuge treffen und Korrosion an Metallteilen begünstigen.

Straßen und Kosten: Feuchtigkeit, Frost und Salz können Materialien und Bauteile belasten. Langfristige Erhaltungs- und Sanierungskosten trägt am Ende die Gemeinde – und damit die Bevölkerung.

Vier Gemeinderäte stimmten gegen den Beschluss – darunter die FPÖ. Verkehrssicherheit im Winter ist unverzichtbar.

Aber ebenso wichtig ist eine verantwortungsvolle Abwägung der Folgen für Tiere, Umwelt, Eigentum und Gemeindebudget.

Sicherheit im Winter:
Ja. Aber mit Verantwortung.

FPÖ



EINLADUNG ZUR

BUCHPRÄSENTATION

„AB NACH HAUSE" MIT GERALD GROSZ

DIENSTAG

15

SEPT.

GASTHAUS ZUM PLATZHIRSCH

HAUPTPLATZ 5, 2433 MARGARETHEN AM MOOS

BEGINN: 19:00 UHR

MIT NABG. WERNER HERBERT

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs - Landesgruppe Niederösterreich, Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten

Zum Schluss ein paar persönliche Worte

Liebe Mitbürger! Als ich für den Gemeinderat kandidiert habe, war ich überzeugt, dass man auch mit nur einem Mandat etwas zum Guten bewegen kann.

Mein Ziel ist nicht, alles zu verändern, sondern Bestehendes gemeinsam zu verbessern.

Ich werde Ihnen nichts versprechen, was ich nicht halten kann. Eines kann ich aber versprechen: Ich werde Ihre Anliegen ernst nehmen, ihnen nachgehen und mich dafür einsetzen, dass sie im Gemeinderat gehört und behandelt werden. Wenn Sie eine Idee, Kritik oder einen Verbesserungsvorschlag haben, melden Sie sich bitte bei mir.

Für den großen Zuspruch zu meinem ersten Gemeindekurier danke ich Ihnen herzlich.

Ihre Rückmeldungen bestärken mich darin, weiterhin offen über das Geschehen in unserer Gemeinde zu informieren und für Transparenz, Bürgerbeteiligung und ein lebenswertes Scharndorf einzutreten.

Denn auch wenn eine Blume noch keinen Frühling macht: Irgendwo beginnt jeder Frühling mit der ersten Blume.

„Das Wohl des Volkes sei das höchste Gesetz." – Marcus Tullius Cicero

Eure GR Nicoleta Schatzer

Kontakt:
GR Nicoleta Schatzer
E-Mail: alfberry@yahoo.de
Tel.: 0660/596 15 02

